

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brodau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Döbel, Brodau, Expedition Bahnhofstraße 12. — Postkassen-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 39.

Bezugspreis vierteljährlich 4,20 M., wöchentlich durch unsere Träger 35 Pf. Die 6 gebaltene Beitzelle 40, Anzeigen 50 Pf., Postamt 1,50 M.

Brodau, Mittwoch, den 31. März

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Döbel in Brodau, Bahnhofstraße 12. Sprechstunden werktäglich 9-11 Uhr. — Gratisbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt —

1920.

Bürger und Bürgerinnen von Brodau! Arbeiter, Beamte und Angestellte aller Berufsschichten!

die Ihr die Errungenschaften der Revolution auch in unserer engeren Heimat hochhalten, Eure teuer und schwer errungene Freiheit

bewahren und so am Aufbau der deutschen Republik tatsächlich mitarbeiten wolle, stützt Eure Presse die

« Brockauer Zeitung »

durch rührige Propaganda für die Verbreitung derselben und Zuwendung von Berichten, Anzeigen und Druckaufträgen. Ihr habt es bereits hundertmal empfunden, wie reaktionäre Völkernwirtschaft einen unerträglichen Terror ausübt und Eure Volks- und Menschenrechte verachtet. Gewalt geht vor Recht! Dieser Machtspruch ist bei uns wieder Tatsache geworden. Eine kleine Minderheit macht den Versuch, die große Masse der Bevölkerung zu terrorisieren und läßt Sturm gegen die „Brockauer Zeitung“, welche dieser Minderheit in aufrechter Vertretung der Brodauer Interessen die Wahrheit sagen mußte. Arbeiter und Beamte, die Ihr Eure bürgerliche Freiheit gegenüber einer Minderheit schützen wolle, haltet fest an der „Brockauer Zeitung“, die nicht durch Parteigelder gestützt sondern von dem Rechtsbewußtsein aufrechter Arbeiter und Angestellter aller Berufsschichten getragen wird. Im Terror einer Minderheit gegenüber $\frac{1}{10}$ der Brodauer Bewohner liegt die Ursache dieses Pressekampfes der letzten Wochen. Nicht die Lust an persönlicher Verunglimpfung sondern die zwingende Notwendigkeit Klarheit zu schaffen, gaben dem Tone die Schärfe.

Wie überall ist auch die alte, 3mal wöchentlich erscheinende „Brockauer Zeitung“ das Ventil der öffentlichen Meinung. Sie ist der Einwohner wegen da — genau so wie der Landrat, die Amts- und Gemeindebehörde und die von ihr gewählten Gemeindevertreter. Sie ist Organ der öffentlichen Meinung, also der Einwohner, nicht der Behörden. Sie ist den Behörden nicht untertan, sondern ihr, zu ihrem Teile wieder von der Einwohnerschaft, ihren Lesern, kontrolliertes, in unserer Zeit der Freiheit doppelt unentbehrliches Kontrollorgan. Die „Brockauer Zeitung“ findet darum von allen, auch von denen die angeblich nichts von ihr wissen wollen, größere Beachtung

als das zum Amtsblatt erklärte deutschvolksparteiliche Volksblatt des Herrn Sauerwein und seiner Mitschuldigen. Sie wollen der Einwohnerschaft ihr amtliches Organ aufdrängen mit den verzweifeltsten Mitteln, mit dem Gelde der Steuerzahler. In allen fortschrittlichen Gemeinwesen schafft man die Amtsblätter ab und gibt die Bekanntmachungen den von der Bevölkerung bevorzugten freien Zeitungen am Orte.

Vorzüge

der

3mal wöchentlich erscheinenden „Brockauer Zeitung“

Schnellste Berichterstattung.

Unerfälschte Berichterstattung.

Vertretung berechtigter Interessen.

Uebersichtliche Anordnung des Textes.

Bekanntgabe aller amtlichen Bekanntmachungen in altgewohnter Weise.

Spannendes Feuilleton.

Neueste Depeschen der Continental-Telegraphen-Compagnie (Wolff's Telegraphen-Büro).

Erfolgreichstes Anzeigenblatt von Brodau und Umgegend auf Grund seiner großen, nicht verminderten, sondern nachweislich in den letzten Wochen durch Nachbestellungen gesteigerten Abonnenten-Ziffer. Die Aufnahme für eilige Anzeigen, Familien-Anzeigen usw., wird in letzter Stunde noch möglich gemacht.

Die „Brockauer Zeitung“ ist billiger und reichhaltiger als das „Volksblatt“.

Redaktion und Verlag der „Brockauer Zeitung“.

Nachrichten-Dienst der „Brockauer Zeitung“.

(Eigene Drahtberichte.)

Das neue preussische Kabinett.

WB. Berlin, 29. März. Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben heute Abend das Ergebnis gebracht, daß das preussische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Hänisch, Finanzen: Lüdemann, Pöfentliche Arbeiten: Defer, Handel: Fischbeck, Volkswohlfahrt: Siegerwald, Justiz: Dr. Am Zehnhoff.

Die Zentrumsfraktion zur Lage.

Die Zentrumsfraktion als solche der Deutschen Nationalversammlung veröffentlicht in der Zentrumspresse einen Aufruf an die Mitglieder der Zentrumspartei. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die Zentrumspartei keinerlei Anteil an der Bewegung vom 13. März gehabt habe. Die Stellungnahme der Zentrumsfraktion zur Weiterentwicklung der Dinge wird folgendermaßen gekennzeichnet:

„Nachdem die Militärrevolte einmal Tatsache geworden war, blieb die Gegenwirkung von links nicht aus. Eine Arbeiterregierung, also eine einseitige Klassenregierung wurde zum Kampfruf. Eine solche

lehnt das Zentrum grundsätzlich ab. Sie würde ohne Zweifel weiter nach links zu einer Rätediktatur und über den blutigsten Bürgerkrieg wahrscheinlich zum Volkswissens führen. Solange noch irgend eine Hoffnung auf einen anderen Ausweg besteht, sind wir im Gewissen verpflichtet, ihn zu gehen. Darum war Festhalten an der Koalition das zunächst Gebotene.“

Der Aufruf schließt mit folgenden „Forderungen zur Lage“:

1. Grundsätzliche Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung mit allen nur möglichen Mitteln. 2. Eine Regierung, die den Willen und die Mittel besitzt, auf dem vom Gebot der Stunde diktierten Wege verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und zu sichern. 3. Die Organisation einer Wehrmacht, die verfassungstreu und verfassungstreu bis zum Opfer von Blut und Leben ist. 4. Schärfste Abwendung aller gewalttätigen Umsturzbestrebungen, ohne Ansehung der Person oder Partei. 5. Ablehnung und Bekämpfung jeder Klassenherrschaft. 6. Entschlossene Durchführung einer sozialen Demokratie unter Gleichberechtigung aller Stände.

Rapp und Deutschnationale.

WB. Reichenbach, 29. März.

„Wenn die Deutschnationalen ihre Mitschuld am Rappischen Putsch immer noch leugnen, dann meinen sie bereits vergessen zu haben, daß sie sich am Sonntag, den 14. März, im Kreise Reichenbach vor aller Öffentlichkeit zu den Umstürzern bekannten. An diesem

Tage erschien um die Mittagszeit an den Anschlagssäulen unserer Stadt folgender Aufruf:

„Mitbürger! Die Regierung in Berlin ist ohne Schwertstreich gestürzt, ihre Vertreter haben die Hauptstadt verlassen. Die Deutsche wie die Preussische Nationalversammlung sind aufgelöst. Neuwahlen werden, sobald technisch durchführbar stattfinden. Durch diese soll und wird das deutsche Volk entschieden, von wem und in welcher Staatsform es regiert sein will. Bis dahin bleibt selbstverständlich die republikanische Staatsform unangetastet erhalten. An die Spitze unseres Volkes sind Männer getreten, welche die Gewähr bieten, daß Freiheit und Ordnung gewahrt werden. Niemand kann und darf die Verantwortung übernehmen, unser armes, von äußeren Feinden umdrohtes Vaterland, unser geliebtes Schicksal, in den Bürgerkrieg zu stürzen und damit dem Spott der Feinde und der Vernichtung preiszugeben.“

Wahre Vaterlandsliebe muß sich jetzt zeigen, daß jeder an seinem Plage ruhig, besonnen und arbeitsfreudig seine Pflicht tut, wie dies die bürgerlichen Parteien, die Beamten und Offiziere im November 1918 vorbildlich getan haben. Dann kann der 13. März der Tag der Morgenröte für Deutschlands Zukunft werden. Das wolle Gott der Herr in Gnade.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei.
Landesverband Mittelschlesien“.

